

Zu arm selbst für die Räuber

Im sachsen-anhaltischen Eisleben kämpft man um das von Sparzwängen bedrohte Theater

Von Hendrik Lasch, Eisleben

Die Regierung von Sachsen-Anhalt will sparen, auch bei den sieben Theatern im Land. Dem Haus in Eisleben sollten die Zuschüsse ganz gestrichen werden. Nach lauten Protesten soll jetzt eine Fusion die Rettung bringen.

Im Herbst knöpft sich das Theater in Eisleben die Politik vor. »Die Fraktion« heißt das Stück, das am 19. Oktober Premiere hat und einen Blick in die Untiefen der Kommunalpolitik wagt. In einer Stadtratsfraktion, so das Sujet, ist Streit entbrannt über den Plan, eine Stele zu errichten »im Andenken daran, dass man lebt, bevor man stirbt«. Die Ankündigung im neuen Spielzeithaft des Theaters verspricht ein Stelldichein mit verschiedensten Typen, die in der Politik anzutreffen sind: Karrieristen und Pragmatiker, Zyniker, Machtmenschen und Träumer.

Wie viel Zeit in dem Stück vergeht, bis einer der Stadträte die Frage nach den Kosten der Stele stellt, bleibt abzuwarten. Da Autor Kai Ivo Baulitz aber offenbar tiefen Einblick in den Politikbetrieb hat, steht zu vermuten: nicht viel. Die Frage des Geldes (vor allem: von dessen Fehlen) ist ein Grundmotiv in der Politik geworden; für Sachsen-Anhalt, in dessen Süden Eisleben liegt, gilt das besonders. Die Regierung aus CDU und SPD will den Landesetat um ein Viertel schrumpfen – im Vorgriff auf sinkende Zuschüsse und abnehmende Bevölkerung. Derzeit wird im Land nicht mehr über Bildung oder Kultur geredet, sondern: über die Kosten von Bildung und Kultur.

Für politische Idealisten sind pekuniäre Engpässe selten ein Grund, ihre Träume preiszugeben. Alle anderen Politikertypen kommen um das Thema nicht herum; sie finden nur unterschiedliche Lösungen. Welcher Typ Politiker im Kultusministerium von Sachsen-Anhalt das Sagen hat, ist eine Frage, die in Eisleben derzeit gestellt wird. SPD-Minister Stephan Dorgerloh verurteilte die Stadt kürzlich zum Bühnentod. Er will die Zuschüsse für die sieben Theater im Land von 36 auf 29 Millionen Euro kürzen. In

Dessau und Halle fallen je rund drei Millionen weg, in Eisleben sollten zunächst 1,2 Millionen gestrichen werden. Das ist alles, was das Land dem Theater gibt.

Der Erste, den die Nachricht ereilte, war Dirk Schatz, der Landrat von Mansfeld-Südharz. Bei einem Gespräch, zu dem das Ministerium die Träger der Theater geladen hatte, erwischte ihn die Nachricht ohne jede Vorwarnung. Der CDU-Mann verließ erobert den Raum und sprach später in einem Offenen Brief von einem »Affront«. Auf Nachfrage stellt er klar, man wolle sich »dem Sparen nicht entziehen«. Aber, fügt er verärgert an, »das Ministerium redet nicht einmal mit uns«. Dorgerloh habe seine Bitte um ein Gespräch an einen Mitarbeiter delegiert.

Nicht nur der Landrat ist vom Magdeburger Vorgehen entgeistert. Stefan Gebhardt spricht von einem »eklatanten Tabubruch«. Der Hettstedter ist Kulturpolitiker der LINKEN im Landtag und Kenner der Theaterlandschaft Sachsen-Anhalts. Die ist seit 1990 um einiges ärmer geworden: Theater in Zeitz und in Wittenberg verschwanden. Das aber sei Finanznöten der Kommunen geschuldet gewesen und nie einem Komplett-rückzug des Landes, sagt Gebhardt: »So etwas konnte ich mir nicht vorstellen.«

Im von Sparauflagen geplagten Ministerium freilich kann man sich offenbar einiges vorstellen. Die Theater würden den Kulturretat des



Wollen retten, was noch zu retten ist: Intendant Ulrich Fischer (rechts) und Roland Schimko vom Verein der Theaterfreunde

Foto: Hendrik Lasch

Landes »überproportional stark beanspruchen«, heißt es in einem Brief aus Dorgerlohs Haus, den ein Eislebener Bürger als Antwort auf Kritik an den Kürzungsplänen erhielt. Die Bühnen schluckten 43 Prozent des Kulturbudgets – und das, obwohl Schauspieler, Musiker und andere Mitarbeiter sich oft freiwillig unter Tarif bezahlen lassen, um ihre Arbeitsplätze zu sichern. Bei Land und Kommunen, erklärt das Ministerium, überschritten die Ausgaben für die Theater »seit Jahren die finanzielle Leistungsfähig-

keit«. »Strukturelle Anpassungen« – ein in der Politik gebräuchlicher Euphemismus fürs Abwickeln – seien daher »unumgänglich«.

Ulrich Fischer weiß, dass sein Haus in der Politik oft als Kostenfaktor gesehen wird. Er kam als Intendant nach Eisleben, als der Bühne gerade die Musiktheatersparte gestrichen worden war. Damals, im Jahr 1993, sank die Zahl der Mitarbeiter von 200 auf 90. Heute hat Fischer noch 53 Mitarbeiter, um Zuschauer in Eisleben und bei Gastspielen in Bernburg, Weißenfels, Zeitz oder Aschersleben zu beglücken. Große Sprünge kann das Haus nicht planen: Es hat nur einen Bühnenmaler, anderthalb Schneiderinnen und auch nur elf Schauspieler – meist junge, weil Fischer nur die Grundgage von 1650 Euro brutto zahlen kann. »Für Schillers Räuber«, sagt Fischer, »fehlen uns die Leute.«

Eine Vielzahl anderer Stücke aber hat er im Repertoire, darunter solche für Schüler zu brisanten Themen wie Mobbing und Drogen. In Schulen finden allein 150 der 500 Aufführungen statt, die das kleine Ensemble jährlich stemmt. Das Theater sei »ein wichtiger Ort der sozialen und ethischen Bildung«, sagt CDU-Landrat Schatz. Roland Schimko formuliert es prägnanter: »Wo die Kultur verschwindet«, sagt der Chef des Vereins der Freunde des Theaters,

Auf Theater als Bollwerk gegen Barbarei setzte man in Eisleben

nach Kriegsende 1945. Damals gab es zunächst privat organisierte Aufführungen des Stücks »Der Vetter aus Dingsda«. Sieben Jahre später wurde in einem ehemaligen Ausflugslokal das »Thomas-Müntzer-Theater« eröffnet. Es sollte den Kumpels im Mansfelder Bergbaurevier Zugang zur Bühnenkunst eröffnen. 60 Jahre danach ist der Bergbau Geschichte; nur noch die Kegel der Halden zeugen von der industriellen Blüte. Das Mansfeld ist heute eine Region, in der die Arbeitslosigkeit hoch ist und aus der viele wegziehen. Abiturienten sieht er oft im Publikum, sagt Fischer, junge Akademiker kaum: Die gibt es hier nicht. Um so wichtiger ist das Theater, meint Schimko: »Das ist ein weicher Standortfaktor« – einer, der mit entscheidet, ob Unternehmen oder junge Familien in die Region kommen.

Dieser Meinung scheinen in Eisleben nicht nur Anrechtshaber zu sein. Als das Ministerium den Geldhahn zudrehte, hagelte es Protest. Der Widerspruchsgeist des

Reformators Martin Luther, der in Eisleben starb und dessen Standbild auf dem Markt steht, scheint in der Stadt lebendig. Plakate wurden aufgehängt, Petitionen unterschrieben und Thesen angenagelt – von Intendant Fischer, der, im Lutherkostüm gewandert, mit Unterstützern nach Magdeburg reiste. Einige Zeit schlugen die Wogen hoch – dann lenkte die Regierung etwas ein. Ob das dem Protest geschuldet ist oder der Tatsache, dass man im Ministerium gar keinen wirklichen Plan hat – darüber rätselt man in Eisleben bis heute.

Fakt ist, dass dem Eislebener Theater nun für die nächsten zwei Jahre 750 000 Euro gezahlt werden sollen. Voraussetzung ist, dass eine Fusion mit dem Nordharzer Städtebundtheater zu Anfang 2015 vollzogen wird. In Eisleben schüttelt man die Köpfe. Zum einen sollen nach dem erfolgreichen Zusammenschluss nur noch 400 000 Euro fließen. »Ein merkwürdiger Anreiz«, sagt LINKE-Kulturpolitiker Gebhardt. Zudem kommt die

Aufforderung des Landes reichlich spät, sagt der CDU-Landrat. Die Fusion mit dem Theater aus Halberstadt und Quedlinburg sei so weit vorangetrieben gewesen, dass sie bereits 2014 hätte vollzogen werden können. Sogar der Spielplan für die erste gemeinsame Saison stand schon fest. Nur den vom Land ausgelösten Turbulenzen sei es geschuldet, dass wertvolle Zeit verloren gehe: Es gebe, so Schatz, »absolute Planungsunsicherheit«.

Sicher ist sich der CDU-Mann aber in einem: Ein Königsweg, um in naher Zukunft Geld sparen zu können, ist die Fusion nicht: »Das ist eine Illusion.« Intendant Fischer sieht das ähnlich. Das Theater im Nordharz verfüge über sieben Schauspieler. Zusammen mit elf Eislebener Mimen reicht das zwar, um wieder einmal die »Räuber« zu inszenieren. Um die öffentlichen Kassen zu entlasten und den Bühnentod abzuwenden, sei das aber zu wenig: »Wenn man zwei Sieche in das gleiche Bett legt, werden sie davon nicht gesund.«

»Wo die Kultur verschwindet, dort beginnt die Barbarei.«

Roland Schimko,
Vorsitzender des Vereins
Freunde des Theaters Eisleben



Schlafen für die Kultur

Politik sucht nach Einnahmequellen

Touristen sollen der Kultur in Sachsen-Anhalt in Zukunft im Schlaf helfen. Die Idee jedenfalls propagieren sowohl SPD-Kultusminister Stephan Dorgerloh als auch die LINKE im Landtag. Sie sprechen sich für eine Bettensteuer aus, die im gesamten Land in Hotels und Pensionen kassiert würde. So könne den Kürzungen im Kulturretat begegnet werden, sagt Dorgerloh. Die LINKE schlug in einem kürzlich erstmals im Landtag behandelten Entwurf für ein Kulturfördergesetz eine Abgabe von zwei Prozent auf den Übernachtungspreis vor und rechnet mit Einnahmen von acht Millionen Euro.

Neu ist die Idee nicht; einzelne Städte wie Dessau-Roßlau prüften sie bereits. Allerdings kamen Experten zu dem Schluss, dass die Abgabe nicht zweckgebunden kassiert werden darf – es also keine Garantie gibt, dass damit wirklich der Kultur geholfen wird. Die mitregierende CDU warnt zudem davor, Touristen stärker zur Kasse zu bitten – also gerade jene, die man zuvor »mit teuren Kampagnen ins Land zu locken versucht«.

Nicht mehr Geld, sondern mehr Gerechtigkeit bei der Finanzierung von Theatern oder Museen ist das Ziel eines weiteren Vorschlags, den sowohl Dorgerloh als auch die LINKE verfechten. Es geht dabei um die Bildung von Kulturregionen, die Kultureinrichtungen solidarischer tragen sollen. Bisher geben etwa Städte wie Halle und Dessau viel Geld für ihre Theater aus. Nutznießer sind auch Bewohner von Orten im Umland – die aber ihrerseits nicht zum Unterhalt der Häuser beitragen, wie geklagt wird. Kulturregionen, in denen zum Beispiel je zwei Landkreise kooperieren, sollen das ändern. Die LINKE setzt dabei auf verpflichtende Vorgaben vom Land, der Minister indes auf freiwillige Zusammenschlüsse – die aber in der Vergangenheit nicht zustande kamen.

Sowohl die Bettensteuer als auch die Kulturregionen sind aber Zukunftsmusik; akut sind dagegen die Kürzungspläne der Landesregierung. Verhindern will diese eine Volksinitiative, die kürzlich erstmals an die Öffentlichkeit trat und bis zum Herbst 30 000 Unterschriften sammeln will – was es einem ihrer Vertreter erlauben würde, das Anliegen im Landtag zu erläutern. Zu den Unterstützern gehören Intendanten und Dramaturgen der von den Sparplänen des Landes stark betroffenen Theater in Halle und Dessau-Roßlau, aber auch Prominente aus den beiden Städten: der in Halle gebürtige Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) und der aus Dessau stammende Kabarettist Dieter Hallervorden. Nur für Eisleben macht sich bisher kein Promi stark. Dort bedauert man vermutlich, dass der Reformator Martin Luther schon ein Weilchen tot ist. hla

Protest gegen Kulturkürzungen: Intendant Fischer als Martin Luther und demonstrierende Künstler vor der Magdeburger Staatskanzlei

Fotos: dpa/Jens Wolf